

EUROPÄISCHES PARLAMENT
ASP 12 G 342
B-1047 BRÜSSEL
TEL: +32 2 284 5191
FAX: +32 2 284 9191
Email:
erika.mann@europarl.europa.eu



Erika Mann



EUROPABÜRO
ODEONSTR. 15/16
D-30159 HANNOVER
TEL: +49 511 1674 268
FAX: +49 511 1674 263
[Europabuero-
erika.mann@spd.de](mailto:erika.mann@spd.de)

Newsletter April 2008

Liebe Leserinnen und Leser,

heute erhalten Sie Informationen über europäische Themen, von denen ich hoffe, dass sie ihr Interesse finden werden.

*Mit besten Grüßen
Ihre Erika Mann*

Parlament stimmt über Umsetzung von Galileo ab

Am 23. April 2008 hat das Europäische Parlament abschließend über die Verordnung zur Umsetzung von Galileo abgestimmt. Mit großer Mehrheit ist der Bericht angenommen worden. Der Abstimmung wurde möglich, nachdem am 03. April ein Durchbruch in den Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission erzielt wurde. Damit ist die Finanzierung - hoffentlich - auf sichere Beine gestellt.

An der Umsetzung von Galileo ist auch das Projekt GAUSS (GALILEO Zentrum für sicherheitskritische Anwendungen, Zertifizierungen und Dienstleistungen) beteiligt, das am Forschungsflughafen Braunschweig angesiedelt ist, u.a. wird die Erprobung der sicherheitsrelevanten Anwendungen des Satellitenprogramms dort durchgeführt.

Im Verlauf des Sommers 2008 plant Erika Mann 2008 einen Besuch des Zentrums in Braunschweig mit Norbert Glante, der Berichterstatter zu Galileo ist.

Pressemitteilung von Erika Mann
http://erikamann.com/presse_articles/PM_KW1408

Aktuelle Informationen auf der Internetseite des Europäischen Parlaments
http://www.europarl.europa.eu/news/public/story_page/057-7907-169-06-25-909-20070615STO07872-2007-18-06-2007/default_de.htm

EuGH verbietet Tarifbindung bei öffentlichen Aufträgen

Der Europäische Gerichtshof hat am 03. April 2008 in einem Urteil zum niedersächsischen Landesvergabe-gesetz festgelegt (Rüffert-Fall), dass die Vergabe öffentlicher Bauaufträge nicht an vor Ort geltende tarifliche Löhne gebunden werden darf, wenn eine Diskriminierung zwischen privaten und öffentlichen Tarifen besteht (so genanntes Diskriminierungsverbot). Dies ist nach Auffassung des Gerichts nicht mit den Grundsätzen der Dienstleistungsfreiheit und der Entsenderichtlinie vereinbar.

Besonders interessant ist dabei, dass das Urteil nicht dem Plädoyer des Generalanwalts Bot folgt; Bot hatte in seinen (unverbindlichen) Schlussanträgen dafür plädiert, dass das Gemeinschaftsrecht auch so ausgelegt werden könnte, dass die Vergabevorschriften sowohl mit der Entsenderichtlinie als auch mit der Dienstleistungsfreiheit in Einklang stünden; diese Argumentation ist besonders interessant, da sie sich auf die Vergaberichtlinie von 1993 bezieht - Deutschland hat die Vergaberichtlinie (2004/18/EG) leider noch nicht vollständig umgesetzt.

In Brüssel wird zurzeit darüber spekuliert, dass der Kommissionspräsident Barroso ein sozialeres Profil entwickeln möchte, da er sich dadurch offensichtlich größere Chancen für eine Wiederwahl erhofft. Inspiriert

wurde er dazu von der breiten negativen Stimmung in vielen Europäischen Ländern, die sich nach dem "Rüf-fert Fall" ergab. Wolfgang Proissl hat darüber in der FT Deutschland, vom 29. April 2008 unter dem Titel "EU-Kommission erwägt Linksruck" berichtet.

Interview mit Erika Mann

<http://www.radio-aktiv.de/sounddatei.php?id=88198>

Pressemitteilung von Erika Mann

http://erikamann.com/presse_articles/Mindestloehne

Hintergrundinformationen auf der Homepage von Erika Mann (diese werden in Kürze aktualisiert)

<http://erikamann.com/themen/europaszukunftsthe/politikfreinsozial/Arbeitsrecht/UrteilEuGH>

EuGH-Urteil

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-346/06>

Zweite Lesung zur Abfallrahmenrichtlinie

Am 08. April 2008 wurde im Umweltausschuss (ENVI) der Bericht über die Novellierung der Abfallrahmenrichtlinie in zweiter Lesung angenommen. Wie bereits in der ersten Lesung, sprach sich der Ausschuss für eine fünfstufige Abfallhierarchie aus. Diese lautet: 1. Vermeiden und Verringern, 2. Wiederverwendung, 3. Recycling, 4. sonstige Verwertungsverfahren und 5. umweltschonende Beseitigung. Die Plenarabstimmung ist für die Sitzung im Juni (16.-19. Juni) vorgesehen. Derzeit ist noch unklar, ob das Gesetzgebungsverfahren bereits in Zweiter Lesung abgeschlossen werden kann, oder ob ein Vermittlungsverfahren im Anschluss daran nötig werden wird.

Überblick über das Thema

<http://ec.europa.eu/environment/waste/strategy.htm>

Gemeinsamer Standpunkt der Mitgliedstaaten

http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/abf_rrl_standpunkt.pdf

Informationen sind auch auf unserer Webseite zu finden.

<http://erikamann.com/niedersachsen/Kommunales/KommunalpolitischRelevant/Abfallrahmenrichtlinie>

Registrierungsgebühren für Chemikalien

Die Gebührensätze für die REACH-Registrierung von Chemikalien sind am 16. April 2008 veröffentlicht worden. Ab dem 1. Juni 2008 beginnt eine sechsmonatige Vorregistrierung für Altstoffe. Ohne eine Registrierung darf ein Stoff weder in der EU hergestellt noch in die EU importiert werden. Die Grundgebühr für die Registrierung liegt je nach produzierter Menge zwischen 1.600 und 31.000 Euro.

Dies ist nicht nur relevant für die chemische Industrie, sondern auch für Hersteller und Importeure von Produkten, in denen die von REACH (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien) regulierten Stoffe vorhanden sind.

REACH zielt darauf ab, den Einsatz gefährlicher Chemikalien besser zu kontrollieren, die gefährlichsten Substanzen durch Austauschstoffe zu ersetzen und die bislang 40 Rechtstexte zum Chemikalienrecht in einer einzigen Verordnung zusammenzufassen. Erika Mann hat REACH im Rahmen des Industrieausschusses maßgeblich mitgestaltet und steht für Fragen und Hinweise zur Verfügung.

Weiterführende Informationen über REACH

http://ec.europa.eu/enterprise/reach/index_en.htm

Messe Hannover: Maschinenbau-Branche kündigt neue Stellen an

Der Verband der Maschinenbau-Branche, VDMA, hat im Rahmen der Messe Hannover angekündigt, allein in diesem Jahr 30.000 neue Stellen schaffen zu wollen. Der Verband rechnet mit einer Wachstumssteigerung von fünf Prozent in diesem Jahr, insbesondere bei energiesparenden Produkten besteht offensichtlich Wachstumspotenzial. Problematisch für die Unternehmen ist allerdings zunehmend der Fachkräftemangel, besonders bei Ingenieuren. Derzeit werden rund 95.000 Ingenieure in Deutschland gesucht. In Niedersachsen sind im Übrigen rund 70.000 Arbeitnehmer im Maschinenbau beschäftigt!

In diesem Zusammenhang ist auch eine im Februar 2008 erschienene **Mitteilung der Europäischen Kommission über die Wettbewerbsfähigkeit der Metallindustrie** zu sehen, in der sie Ökoeffizienz und Newsletter - April 2008

Innovation als die entscheidenden Faktoren für eine wettbewerbsfähige Metallindustrie identifiziert. Außerdem werden Maßnahmen und Aktionsbereiche vorgeschlagen, mit denen gleiche Ausgangsbedingungen im weltweiten Vergleich für die Metallbranche geschaffen werden sollen.

Darüber hinaus hat die Kommission eine Mitteilung am 25. Februar 2008 zur "Competitiveness of the Metals Industries" veröffentlicht, in der sie die Bedeutung der europäischen Handelsschutzinstrumente für den Stahlsektor eindeutig positiv bewertet. Dies ist insofern eine gewisse Abkehr von der politischen Linie, als der zuständige Handelskommissar Peter Mandelson in 2006 in seiner Mitteilung "Global Europe" und in der darauf folgenden Konsultation zu einer Reform der Handelsschutzinstrumente "Die Handelspolitischen Schutzinstrumente der EU in einer sich wandelnden globalen Wirtschaft" angekündigt hatte. Diese Mitteilung hatte für viel Wirbel im Parlament und in den Mitgliedsstaaten gesorgt und wurde dann von der Kommission zurückgezogen. Das Europäische Parlament hat den Bericht zu diesem Grünbuch ebenfalls im April 2008 zurückgezogen.

Pressemitteilung von Erika Mann zur Reform der Handelsschutzinstrumente

http://erikamann.com/presse_articles/PM_KW3%20ReformHandelsschutzinstrumente

Mitteilung der Kommission zur Wettbewerbsfähigkeit der Metallindustrie

http://ec.europa.eu/enterprise/steel/index_en.htm

Ostseepipeline

Die geplante Pipeline durch die Ostsee (aus dem russischen Wyborg in das mecklenburgische Greifswald) wird aus vielen Gründen immer wieder in Zweifel gezogen. Erika Mann ist allerdings von der Sinnhaftigkeit und der Notwendigkeit der Ostseepipeline überzeugt. Die Pipeline wird langfristig zur Energiesicherheit in Deutschland und Europa beitragen, gleichzeitig hilft das vergleichsweise umweltfreundliche Erdgas, die Klimaschutzziele zu erreichen. Die Pipeline ist bereits 2004 als ein **prioritäres europäisches Projekt im Rahmen der so genannten transeuropäischen Energienetze (TEN-E)** identifiziert worden. Das Projekt basiert zwar auf eine deutsch-russischen Kooperation, bezieht aber Unternehmen anderer Staaten mit in diese Kooperation ein, so auch das niederländische Unternehmen Gasunie.

Politische Argumente gegen die geplante Pipeline kommen vor allem aus den Baltischen Staaten und aus Polen. Es gibt allerdings auch umweltbezogene Bedenken, die sowohl von Schweden, Dänemark wie aber auch von den baltischen Staaten und Polen geäußert werden. Selbstverständlich müssen diese Bedenken im Rahmen der normalen Prüfung beachtet und gelöst werden. Alle diese Prüfungen werden im Rahmen nationaler und internationaler Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt. Der Petitionsausschuss wird voraussichtlich im Juni 2008 über einen Bericht des polnischen Kollegen Libicki zu diesem Themen abstimmen.

Durch den Bau der Pipeline werden auch Forschungseinrichtungen und **Arbeitsplätze in Niedersachsen** profitieren. So wird z.B. durch den Einsatz einer Technologie des mittelständischen Unternehmens Eginhard Vietz aus Hannover die Verlegung der Pipeline erheblich beschleunigt. Auch die Salzgitter AG würde erheblich davon profitieren, da deren Joint-Venture Europipe im letzten Jahr den Zuschlag für die Lieferung von ca. 0,80 Mio. Tonnen Stahlrohren für die Ostsee-Pipeline erhalten hat.

Pressemitteilung der Salzgitter AG

http://www.salzgitter-ag.de/de/Presse/Pressearchive/2007/Ostsee_Pipeline/

Informationen auf der Webseite des Petitionsausschusses

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/organes/peti/peti_20080129_0900_audition.htm

Breitbandversorgung in Niedersachsen

Bereits Anfang März 2008 hat sich Erika Mann in einem Brief an die Hauptverwaltungsbeamten in der von ihr betreuten Region gewandt, um sie auf geplante Projekte zum Breitbandausbau hinzuweisen. Die Deutsche Telekom hat nun ihre ersten konkreten Vorschläge zur flächendeckenden Breitbandanbindung vorgelegt, die Erika Mann an die interessierten Kommunen weitergeleitet hat; die Wettbewerber werden in den kommenden Wochen ihre konkreten Vorstellungen bekannt geben.

Bereits heute ist absehbar, dass das Land Niedersachsen unter bestimmten Umständen einen Zuschuss zum Ausbau von Breitband im geben wird. Die Bedingungen hierfür werden in der Breitbandrichtlinie des Landes Niedersachsen festgelegt. Diese befindet sich derzeit zur Überprüfung bei der Europäischen Kommission. Niedersachsen hat in Osterholz-Scharmbeck ein Breitbandkompetenzzentrum errichtet, welches als Anlaufstelle für Landkreise dienen soll, die bisher nicht über ausreichende Breitbandanbindung verfügen.

Am 18. Juni 2008 organisiert das Land Niedersachsen gemeinsam mit dem Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund, dem Niedersächsischen Landkreistag, dem Niedersächsischen Städtetag und dem Landreis Osterholz zu diesem Thema eine ganztägige Veranstaltung in Osterholz-Scharmbeck; u.a. wird der Kabinettschef, der für dieses Thema zuständigen Kommissarin Viviane Reding, Rudolf Strohmeier anwesend sein.

Umfangreiche Informationen zum Thema Breitband im ländlichen Raum sind auf der Internetseite erikamann.com abrufbar. Darüber hinaus stehen wir für Fragen gerne zur Verfügung.

<http://erikamann.com/themen/Telekommunikationsrahmen>

Interessanter Artikel im "Stern"

<http://www.stern.de/computer-technik/internet/Breitbandinternet-Langsam-Abseits/614334.html>

Agrarminister unterstützen Reformvorhaben der EU-Kommission

Nachdem sich am 12. März 2008 das Europäische Parlament für die Reformvorhaben der Kommission ausgesprochen hat, bekundete am 17. März 2008 auch der EU-Agrarministerrat seine Unterstützung zum bisher eingeschlagenen Weg. Eine umfassende Neuausrichtung der Agrarpolitik soll danach erst nach 2013 erfolgen.

Die Reformvorschläge laufen unter dem englischen Titel "**Health-check**" und haben sowohl die Überprüfung der Agrarreform aus dem Jahr 2003 zum Ziel wie auch die Reform einiger Regelungen der Agrarpolitik. Sprengstoff erhält der Vorschlag der Kommission durch die veränderte Weltsituation beim Anbau von landwirtschaftlichen Erzeugnissen; die Nahrungsmittelpreise sind bereits gigantisch gestiegen und nach Einschätzung der Experten ist kein Ende in Sicht. Der Streit wird sich vor allem an den Ausgleichszahlungen (oder wie einige auch sagen - Subventionen) festmachen. Die hohen Preise die landwirtschaftliche Güter auf dem Weltmarkt zurzeit erzielen können, legen eigentlich nahe, dass Ausgleichszahlungen erheblich zurückgeführt werden könnten. Die große Frage ist, wird dies die Situation auf dem Weltmarkt weiter anheizen oder entspannen? Und wird die europäische Landwirtschaft ohne Ausgleichszahlungen, angesichts der hohen Standards in Europa, den internationalen Wettbewerbsdruck widerstehen?

Im Sommer 2008 wird Erika Mann gemeinsam mit ihrem Bundestagskollegen Wilhelm Priesmeier und dem Landvolk Northeim-Einbeck und Osterode ein **Europagespräch zum Thema "Zukunft der europäischen Landwirtschaft in Niedersachsen"** durchführen. Hierzu wird sie den stellvertretenden Kabinettschef der EU-Agrarkommissarin Fischer-Boel, Herrn **Klaus-Dieter Borchardt** nach Niedersachsen einladen. Wir werden Sie hierüber noch gesondert informieren.

Bericht des Europäischen Parlaments

<http://www.europarl.ep.ec/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2008-0047+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

Ergebnisse der Ratssitzung

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st07/st07150.de08.pdf>

Webseite Agrarministerrates

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/agricult/99475.pdf

Rede der Agrarkommissarin Mariann Fischer-Boel zur Zukunft der Agrarpolitik

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/08/168&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weitere Informationen zum Thema

<http://newsticker.sueddeutsche.de/list/id/12659>

Milchquoten ab 01. April 2008 um 2% erhöht

Die EU-Agrarminister haben am 17. März 2008 beschlossen, die Milchquoten um 2% anzuheben. Diese sei wegen der aktuellen Lage auf dem Gemeinschaftsmarkt und auf den Weltmärkten notwendig. Auf Deutschland entfallen damit für das nächste Wirtschaftsjahr 28.847.420,391 Tonnen. Das Europäische Parlament hatte sich bereits am 12. März 2008 dafür ausgesprochen, die Milchquoten ab 01. April 2008 auf freiwilliger Basis um 2% anzuheben.

Der Deutsche Bauernverband übte an dem Beschluss Kritik, da er nicht von den anhaltend hohen Milchpreisen ausgeht. Somit könnte die Quotenausweitung zu einer Verschärfung der Wettbewerbssituation führen,

wenn die Preise wieder sinken. Niedersachsen ist das zweitgrößte Milcherzeugerland in Deutschland. In ca. 14.000 landwirtschaftlichen Betrieben stehen ca. 715.000 Milchkühe, die ca. 5,1 Mio. t Milch erzeugen.

Rat Landwirtschaft

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/agricult/99475.pdf

Verordnung

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:076:0006:0007:DE:PDF>

Informationen über den Milchsektor in Europa

http://ec.europa.eu/agriculture/markets/milk/index_de.htm

Informationen über den Milchsektor in Niedersachsen

http://www.ml.niedersachsen.de/master/C727869_N8958_L20_D0_I655.html

Quotenkürzungen im Zuckersektor sind zu erwarten

Eine Umstrukturierungsregelung für den Zuckersektor, soll mittelfristig ein strukturelles Gleichgewicht auf dem Zuckermarkt schaffen. Die Ausfuhren sollen begrenzt werden, während die Importe aus den ärmsten Entwicklungsländern ansteigen sollen. Deshalb werden im Jahr 2010 ggf. Kürzungen von 1.16 Millionen Tonnen nötig. **Niedersachsen** verfügt teilweise über Bördeböden, auf dem der Anbau von Zuckerrüben am effektivsten ist. Die ertragreichen Böden liegen südlich des Mittellandkanals und begünstigen die Entwicklung viehloser Ackerbaubetriebe ohne Grünland. Aus diesem Grund ist diese Umstrukturierungsregelung für Niedersachsen von erheblicher Bedeutung.

Die EU hat mit der Initiative "**Aller außer Waffen**" den ärmsten Entwicklungsländern einen zollfreien Zugang zum europäischen Markt verschafft, damit wird ein weiterer Anstieg von Zucker aus diesen Ländern erwartet. Erika Mann hat in den Beratungen zu dieser Initiative immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass gewährleistet sein muss, dass diese Marktöffnung für alle Teilnehmer fair und kontrolliert verläuft. Erika Mann ist in diesem Zusammenhang auch mit Nordzucker aus Braunschweig im Gespräch.

Der Zuckermarkt in Europa wird auch durch die **neue Generation von Freihandelsabkommen mit afrikanisch, karibischen und pazifischen Staaten** (AKP-Staaten) beeinflusst werden. Über dieses Thema werden wir sie im Mai - Newsletter informieren.

Pressemitteilung der EU-Kommission

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/306&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

Informationen zu "Alles außer Waffen"

http://ec.europa.eu/agriculture/glossary/index_de.htm

Informationen zu den Abkommen mit den AKP-Staaten

http://ec.europa.eu/trade/issues/bilateral/regions/acp/news_epa_en.htm

Bis zum April 2009 Veröffentlichung aller Empfänger von Agrarausgleichszahlungen

Am 19. März 2008 ist eine Verordnung von der Europäischen Kommission angenommen worden, die die Veröffentlichungskriterien von den Empfängern von Zahlungen im Bereich der Landwirtschaft und der Entwicklung des ländlichen Raums in der EU festlegt. Bis zum 30. April 2009 werden der vollständige Name, die Gemeinde und die Postleitzahl jedes Empfängers auf den von den Mitgliedstaaten verwalteten Webseiten veröffentlicht. Durch diese Maßnahme soll mehr Transparenz hergestellt werden.

Erika Mann hat dies gemeinsam mit anderen Kollegen bereits seit 2006 von der Kommission gefordert. OXFAM veröffentlichte Ende 2007 eine Liste der geleisteten Unterstützungen an englische Landwirte. Entgegen der weit verbreiteten Annahme ging daraus hervor, dass ein Grossteil der Zahlungen an die größten Landwirtschaftsbetriebe, u.a. an den Betrieb von Prinz Charles ging.

Pressemitteilung der EU-Kommission

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/463&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

Verordnung der EU-Kommission

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:076:0028:0030:DE:PDF>

Meerespolitik wird durch Neuorganisation in der Kommission gestärkt

Seit dem 29. März 2008 ist die bisherige „Generaldirektion FISH“ der Europäischen Kommission in die Generaldirektion für Fischerei und maritime Angelegenheiten umbenannt worden (neues Kürzel: „**GD MARE**“). Zu der wichtigsten Neuerung zählt die Schaffung von drei Direktionen mit jeweils eigener geografischer Zuständigkeit, die sowohl die Gemeinsame Fischereipolitik als auch die neue integrierte Meerespolitik (IMP) der EU in den drei wichtigsten europäischen Meeresregionen koordinieren sollen.

Norddeutschland nimmt im Rahmen der europäischen Meeres- und Hafenpolitik einen wichtigen Standort ein. 20% des deutschen Außenhandels werden über Seehäfen abgewickelt. Der seewärtige Außenhandel über deutsche Seehäfen beträgt mit 281,5 Milliarden Euro 17,2% am Außenhandelswert. **Niedersachsen** besitzt mit Wilhelmshaven den drittgrößten Seehafen in Deutschland. Gleichzeitig wird die Bedeutung des Standortes Wilhelmshavens durch den Bau des JadeWeserPort weiter zunehmen. Für die Einfuhr von Rohöl nach Deutschland ist Wilhelmshaven bereits heute der wichtigste Seehafen Deutschlands.

Gleichzeitig kommen viele neue Herausforderungen auf die maritimen Standorte zu, die im Rahmen laufender europäischer Initiativen hoffentlich angemessen gelöst werden können. So hat z.B. der amerikanische Kongress ein Gesetz verabschiedet, wonach ein 100%-Screening aller Container vorgeschrieben wird; dies ist weder aus sicherheitsrelevanten noch aus technischen Gründen sinnvoll. Erika Mann arbeitet im Rahmen europäischer Initiativen daran, dass das Gesetz dahin gehend reformiert wird, dass ein "Risiko Ansatz" zum Einsatz kommt.

Der Direktor der neuen GD Mare ist John Richardson; John Richardson kam bereits im September 2007 auf Einladung von Erika Mann zu einem zweitägigen Besuch nach Wilhelmshaven und Hamburg, um sich einen Überblick über die niedersächsische Küste und ihre spezifischen Bedingungen zu verschaffen.

Pressemitteilung der EU-Kommission

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/471&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weitere Informationen auf der Homepage von Erika Mann unter

<http://erikamann.com/niedersachsen/europapolitikfrnie/Maritimes>

Informationen der Deutschen Industrie- und Handelskammer in den USA zum "Container-Screening" Gesetz

http://www.rgjt-usa.com/fileadmin/media/downloads/Fact_Sheet_Containersicherheit.pdf

Grenzüberschreitende Verfolgung von Verkehrsdelikten soll möglich werden

Ein weitgehend automatisiertes europäisches Netz für den elektronischen Datenaustausch soll künftig die Informationsweitergabe über bestimmte Verkehrsdelikte zwischen den EU-Mitgliedstaaten ermöglichen. So sollen etwa Informationen über Geschwindigkeits-Übertretungen, Trunkenheit im Straßenverkehr und dem Überfahren einer roten Ampel unkompliziert an den "Halterstaat" eines Fahrzeugs weitergegeben werden

Zurzeit bleibt ein Fahrer aus dem EU-Ausland bei Verkehrsdelikten meist straffrei, weil seine Identität nicht ermittelt oder die Zulassungsanschrift des Fahrzeugs nicht überprüft werden können.

Pressemitteilung der EU-Kommission

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/464&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

Mehr Transparenz bei Lobbyisten gefordert

Lobbyisten, die über Zugang zum Europäischen Parlament verfügen, sollen sich künftig in ein gemeinsames, öffentlich einsehbares Register eintragen – und zwar verpflichtend mit ihren Einkünften und Auftraggebern. Der Verfassungsausschuss des Europäischen Parlaments hat am 01. April 2008 gefordert, dass die Regeln im Umgang mit Interessenvertretern deutlich verschärft werden sollen. Das Plenum wird voraussichtlich am 7. Mai über den Bericht abstimmen. Die Annahme gilt als sicher. Die Europäische Kommission hat eine ähnliche Initiative unternommen, in einem Online-Register sollen sich Lobbyisten freiwillig eintragen.

Für Erika Mann ist die Zusammenarbeit zwischen Politik und Interessenvertretern ein wichtiger Bestandteil des Rechtssetzungsprozesses in Brüssel. Das Fachwissen von Verbänden, Unternehmen und Organisationen ist nötig, um gute Rechtsakte zu erstellen. Wichtig dabei ist ihr vor allem, dass dieses Lobbying transparent ist und eine einseitige Parteinahme vermieden wird. Diese Balance muss jeder Abgeordnete finden, um nicht zum Handlanger für Lobbyisten zu werden.

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pr/707/707844/707844de.pdf

Rezension im „Das Parlament“: Die Lobbyisten. Wer regiert uns wirklich?

<http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/29-30/PolitischesBuch/16445059.html>

Untertitelung aller öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramme gefordert

Das Europäische Parlament hat am 09. April 2008 mehrheitlich gefordert, dass eine Simultanuntertitelung im Fernsehen zugunsten von Gehörlosen und Schwerhörigen eingeführt werden soll. Mittels Untertitelung würde aber auch das Erlernen von Fremdsprachen gefördert. Rund 83 Millionen Menschen in der EU sind von einem teilweisen oder vollständigen Hörverlust betroffen.

Pressemitteilung des Europäischen Parlaments

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-26190-100-04-15-901-20080408IPR26039-09-04-2008-2008-false/default_de.htm

Deutschland erhält Geld aus EU-Haushalt zurück

Aus dem EU Haushalt für das Jahr 2007 wurden rund 1,5 Mrd. Euro nicht abgerufen und werden nun auf Grundlage des Bruttonationaleinkommens der einzelnen EU-Mitgliedstaaten zurücküberwiesen. Deutschland wird demnach rund 300 Mio. Euro erhalten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/573&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Rolle Chinas in Afrika

Das Europäische Parlament hat sich am 23. April 2008 in einem Bericht über die Rolle Chinas in Afrika dafür ausgesprochen, dass die EU mit China in einen entwicklungspolitischen Dialog eintreten sollte. Chinas Politik in Afrika sei bislang pragmatischer Natur; das Europäische Parlament erachtet es aber als wünschenswert, politische Bedingungen an die Zusammenarbeit in Afrika zu knüpfen und Menschenrechten und Umweltstandard größere Bedeutung zukommen zu lassen.

Erika Mann hat in ihrer Stellungnahme darauf aufmerksam gemacht, dass chinesische Investitionen in bestimmten afrikanischen Staaten durchaus einen stabilisierenden Effekt haben können; allerdings kritisiert sie, dass sich dieser Effekt häufig nur auf wirtschaftliche Faktoren auswirkt und die menschliche Seite einer Entwicklung vernachlässigt. Deshalb fordert sie in ihrer Stellungnahme, die von der Berichterstatterin Ana Gomez weitgehend übernommen wurde, Faktoren wie Umwelt- und Arbeitsstandards stärker zu berücksichtigen.

Bericht "Über die Politik Chinas und deren Auswirkungen auf Afrika"

<http://www.europarl.ep.ec/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2008-0080+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

Weitere Informationen

<http://erikamann.com/themen/Internationales/ChinaAfrika/index>

Hinweise in eigener Sache

Erneute Kandidatur für das Europäische Parlament

Erika Mann wird sich für die Wahlen zum Europäischen Parlament, die am 7. Juni 2009 stattfinden werden, erneut bewerben.

Sie ist seit 1994 in Niedersachsen für die Landkreise Göttingen, Hameln-Pyrmont, Hildesheim, Holzminden, Northeim, Schaumburg und seit der Europawahl 2004 auch für die Landkreise, Celle, Diepholz, Harburg, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Nienburg, Uelzen und die Region Hannover zuständig.

Zusätzlich betreut sie seit der Europawahl 2004 die Landkreise Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Osterode, Peine, Wolfenbüttel, sowie die kreisfreien Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg.

Friedenskonferenz in Oslo

Am 10. und 11. April nahm Erika Mann an der Konferenz "Peace and Reconciliation in South Asia" in Oslo teil. Sie moderierte den Konflikt in Sri Lanka. Das erste Mal saßen alle Streitpartner dabei an einem Tisch.

Informationen zur Konferenz

www.sap2008.org

Besuch des Primatenzentrums

Am 18. April 2008 besichtigte Erika Mann das Deutsche Primatenzentrum (DPZ) in Göttingen. Das DPZ investiert zurzeit rund 1 Mio. Euro in Aus- und Neubauten. In der Europäischen Union kann unter strengen und kontrollierten Bedingungen und unter hohen Standards geforscht werden; Deutschland nimmt dabei eine Spitzenposition ein. Im Verlauf des Jahres ist eine Überarbeitung der Richtlinie von 1993 zum "Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere" geplant. Wir werden sie rechtzeitig informieren.

Webseite des DPZ

www.dpz.gwdg.de

Artikel in dem Göttinger Tageblatt über den Besuch von Erika Mann im Primatenzentrum

<http://www.goettinger-tageblatt.de/newsroom/wissen/dezentral/wissenlokal/art4263,575438>

Weitere Termine von Erika Mann in der Region und darüber hinaus

<http://erikamann.com/termine/regional>

<http://erikamann.com/termine/europa>

Interessante Publikationen, Newsletter etc.

Konsolidierte Fassung des Vertrages von Lissabon verfügbar

<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/st06655.de08.pdf>

Bürger-Handbuch 2008 des Europäischen Parlaments

<http://europarl.de/>

Ecosense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e. V.

<http://www.econsense.de/newsletter/index.aspx>

Studie: Ist das soziale Europa gut für die Globalisierung aufgestellt?

http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/docs/social_situation/simglobe_fin_rep_en.pdf

EU-Arbeitsmarktpolitik: Schwierige Balance zwischen Subsidiarität und Zentralisierung

http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000224419.pdf

Stadtrendite - wirklich von Nutzen? - Ein Streitgespräch

http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000224517.pdf

Arbeitsschwerpunkte von Erika Mann:

Handelspolitik, insbesondere Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation, Beziehungen EU - Mexiko und transatlantische Beziehungen (EU - USA, EU - Kanada), Informationsgesellschaft (elektronischer Geschäftsverkehr, Urheberrecht, Internet) und Telekommunikationspolitik, Forschungspolitik.